

# Der Tabak-Fabrikarbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 4gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. zu senden.

Nr. 3.

Sonntag den 21. Januar.

1900.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

## Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 73 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt.  
Die Redaktion.

### Eine Wertschätzung deutscher Sozialreform.

Wie oft wird nicht unser Einheitsstaat in überschwänglichen Worten gepriesen; was hat uns derselbe nicht alles gebracht. Freizügigkeit, welch schönes Wort! Wie es in Wirklichkeit mit unserer Freizügigkeit bestellt ist, mag aus folgendem hervorgehen:

Ein Arbeiter wird arbeitsunfähig, und da durch die deutsche Sozialreform für die Arbeiter gesorgt ist, so wird ihm eine Invalidenrente zugesprochen. Dieselbe ist zwar nicht gar zu hoch — 11 Mk. 75 Pfg. pro Monat — und reicht natürlich nicht zum Leben. Der alte Arbeiter hat aber einen verheirateten Sohn und derselbe gleicht das Manko zwischen Invalidenrente und dem, was zum Leben notwendig ist, dadurch aus, daß er seinen alten Vater bei sich aufnimmt. Als Äquivalent versorgt der alte Vater die Wirtschaft und so war für ihn gesorgt. Dem Sohn fällt es nun ein, um mit seiner Frau, die ebenfalls zum Unterhalt mit beiträgt, der Arbeitsstelle näher zu sein, sein Domizil zu wechseln und von Pohlitz nach Greiz überzusiedeln. Selbstverständlich nimmt er seinen alten Vater mit. Dabei hatte er aber die Rechnung ohne das deutsche Freizügigkeitsgesetz gemacht, denn kaum eingezogen, wurde dem alten Arbeiter vom Gemeindevorstand zu Greiz eröffnet, daß ihm auf Grund des § 4 des Freizügigkeitsgesetzes die Niederlassung verboten würde, da er **verarmt** sei; er beziehe zwar eine Invalidenrente, dieselbe reiche aber nicht hin, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Nur wenn sich die Gemeinde Pohlitz verpflichte, eine Armenunterstützung an ihn zu zahlen, würde das Niederlassungsverbot aufgehoben. Dem alten Arbeiter war es nun aber gar nicht eingefallen, eine Armenunterstützung von irgend einer Seite in Anspruch zu nehmen, da er ja zur fraglichen Zeit seinen Lebensunterhalt hatte. Er wurde deshalb persönlich beim Gemeindevorstand zu Greiz vorstellig. Dort sagte man ihm aber, daß sein Sohn zwar gegenwärtig für ihn mitsofge, wenn sich aber ein weiterer Kinderlegen bei ihm einstelle, dann sei es fraglich, ob er im stande sei, noch in dem Maße für ihn zu sorgen, daß keine Armenunterstützung erforderlich sei. Es wurde nun bei der fürstl. Aufsichtsbehörde über die städtische Gemeindeverwaltung Beschwerde wegen des Niederlassungsverbots erhoben. Leider war die Beschwerdefrist schon verstrichen und die Aufsichtsbehörde infolge dessen der Notwendigkeit überhoben, eine Entscheidung zu fällen. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen, weil die Beschwerdefrist nicht eingehalten worden war. Das Niederlassungsverbot hatte also Rechtskraft erlangt. Nun ging dem alten „Reichrentner“ seitens des Gemeindevorstandes zu Greiz folgendes Schreiben zu:

Auf Ihre Eingabe vom 18. d. Mts. eröffne ich Ihnen hiermit, daß die Verfügung vom 16. Mai d. J., gegen welche Sie Rekurs erhoben haben, durch die Entscheidung der fürstlichen Aufsichtsbehörde über städtische Gemeindeverwaltung vom 4. Juli d. J. rechtskräftig geworden ist. Wenn Sie binnen 10 Tagen, von Zustellung dieser Verfügung an gerechnet, die Stadt Greiz nicht verlassen haben, werde ich Sie polizeilich nach Pohlitz abschieben.

Greiz, den 22. August 1899.

Der Vorstand fürstl. Residenzstadt.

Thomas,  
Oberbürgermeister.

Glaubt man sich nun nicht in die vormärzliche Zeit zurückversetzt, wenn man diesen Ukas liest? „Abschieben!“, wie mittelalterlich das klingt, jetzt am Ende des vom Bundesrat beendeten Jahrhunderts: Abschieben einen Arbeiterrentner des Reichs.

Was ist nun diese Sozialreform wert, die einen alten Arbeiter nicht einmal vor der öffentlichen Armenpflege schützt! In bürren geschäftsmäßigen Worten sagt es der Gemeindevorstand zu Greiz: Die Rente reicht nicht zum Leben! Und wie kann der Sohn nun das vierte Gebot befolgen: „Du sollst Deinen Vater zc. ehren?“ Der Vater wird vom Sohn getrennt, „abgeschoben“, wie es in der Polizeisprache heißt, und auf diese Weise erst recht der Armenversorgung in die Arme getrieben.

Dieser Arbeiter ist in Ehren grau geworden; er ist zu jeder Zeit seinen Pflichten seiner Heimatsbehörde gegenüber nachgekommen und jetzt diese Behandlung auf Grund des Freizügigkeitsgesetzes.

Das allerhöchste kommt aber noch: Für die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde soll er 7 Mk. 45 Pfg. Kosten bezahlen, trotzdem er alt und arm ist. Jetzt sage noch einer, daß wir nicht in der besten der Welten leben!

### Die Hausarbeit in der Cigarrenindustrie.

I.

Seit Jahren führen die organisierten Tabakarbeiter einen Kampf gegen die in der Tabak- resp. Cigarrenindustrie rapid sich ausbreitende Hausarbeit, deren ruinierende Wirkungen sich ebensowohl auf wirtschaftlichem, wie sozialem und sanitärem Gebiet stark bemerkbar machen. Dieser Kampf konnte nicht ohne Eindruck auf die Unternehmertreife der Tabakindustrie, selbst nicht auf die Regierung, bleiben.

Ein Teil der Fabrikanten verspürt sehr unliebsam die Konkurrenz, die infolge der billigen Hausarbeiterlöhne möglich ist, und das ist für sie der Anlaß, Einschränkungen der Hausarbeit zu empfehlen. Nun giebt es freilich auch Unternehmer, die mit Rücksicht auf die Arbeitergesundheit schädigenden Wirkungen zu ihrem Vorgehen gegen die Hausarbeit gelangen. Aber aus welchen Gründen auch Unternehmer jetzt Stellung gegen die Hausarbeit genommen haben mögen — alles, was sie zur Beseitigung der schädlichen Wirkung vorgeschlagen, wird, ja muß insofern wirkungslos bleiben, als sie das Uebel nicht an der Wurzel fassen wollen. Auch mangelt es an der nötigen Kenntnis der Zustände in der Hausindustrie.

Wohlweislich haben sich die Unternehmerorgane immer ausgeschwiegen über diese Zustände, sogar vertuscht haben sie diese, indem sie die Hausarbeit als eine wirtschaftliche Wohltat für die Arbeiter bezeichneten. Das ist nur möglich, weil es an statistischem Nachweismaterial über die Ausbreitung und wirtschaftliche Bedeutung der Hausarbeit mangelt.

Deshalb haben die organisierten Tabakarbeiter stets dringend eine gründliche Untersuchung der Zustände in der Tabakindustrie von der Reichsregierung verlangt, ohne indes Entgegenkommen zu finden. Da befaßte sich endlich die Mindener Handelskammer mit der Sache und stellte in einigen weisfälligen Bezirken Untersuchungen an, die zwar nicht umfassend waren, aber doch genug zu Tage förderten, um die Schäden der Hausarbeit in grellem Lichte erscheinen zu lassen. Die Folge war die bekannte Eingabe der Mindener Handelskammer an die Regierung, in der um eine gesetzliche Regelung der Hausarbeit ersucht wurde. Unterstützt wurde sie in anerkannter Weise von einem Teil der Mindener Cigarrenfabrikanten.

Erst daraufhin schickte die Regierung einige ihrer Geheimräte in hausindustrielle Bezirke zu näherer Information. Genug des Glends mögen sie wohl da gesehen haben, aber es war ein sehr kurzer und diskreter Gelegenheitsbesuch, den sie einigen Hausarbeitern abstatteten. Gleichwohl kündigte Graf Posa-dowsky im Reichstage bundesrätliche Maßnahmen gegenüber der Hausindustrie an. Ziemlicher Mangel an Kenntnis der Cigarrenhausindustrie wird sich bei diesen Maßnahmen zeigen. Es müßte eine gründliche Enquete, ausgeführt von der Kommission für Arbeiterstatistik, veranstaltet werden.

Anlässlich dieser Vorgänge hat im Laufe des Jahres der Verein für Sozialpolitik Untersuchungen anstellen lassen, deren Ergebnis jetzt in einer Schrift des Herrn E. Jaffé, Berlin, vorliegt: Hausindustrie und Fabrikbetrieb in der deutschen Cigarrenfabrikation. Diese Schrift ist ähnlichen Schriften jenes Vereins angereicht worden.

Der Verfasser giebt selbst zu, daß bei der Kürze der ihm zur Untersuchung zur Verfügung stehenden Zeit, sowie infolge großen Mangels einer Litteratur über Anfänge und Entwicklung der Hausindustrie die Schrift „notgedrungen viel skizzenhaftes und unvollständiges“ enthalte. Gleichwohl liefert auch sie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur besseren Beurteilung der Cigarrenindustrie überhaupt, speziell aber der in ihr immer mehr um sich greifenden Hausarbeit.

Hier soll durch nur einige Angaben aus jener Schrift auf die Notwendigkeit gesetzlichen Einschreitens gegen die Hausarbeit hingewiesen werden.

Die Zahl der im Tabakgewerbe beschäftigten Personen stellt der Verfasser nach der Berufszählung von 1895 fest. Die Gesamtzahl betrug damals 153080 Personen in den Hauptbetrieben, deren Zahl 19357 betrug. Von den gewerbthätigen Personen waren 74448 männliche und 78632 weibliche. Wir bemerken, daß diese Zahlen für heute nicht mehr ausreichend sind, denn inzwischen hat sich die Tabakindustrie sehr entwickelt und allein in der Cigarettenfabrikation ist die Arbeiterzahl um Tausende gestiegen, da die Cigarettenfabrikation erstaunlich zunimmt.

Ergiebt sich schon hieraus eine Unsicherheit in Bezug auf die Gesamtzahl der im Tabakgewerbe beschäftigten Personen, so noch viel mehr hinsichtlich der Zahl der Hausarbeiter. Ueberwiegend beiläufig schon in obigen Zahlen die weibliche Arbeits-

kraft die männliche, so ist das in viel höherem Maße in der Hausindustrie der Fall, aber es fehlt eben hier an jedem sicheren Anhalt. Die Zahl der Hausarbeiter ist 1895 nach den Angaben der Hausindustriellen selbst festgestellt worden und betrug danach 23958 Personen. Das ist offenbar ganz ungenügend, obgleich 1895 eine Steigerung der Hausarbeiter auf obige Zahl von 15086 im Jahre 1882 zu verzeichnen war. Es giebt eine nicht geringe Zahl von ländlichen Hausarbeitern, die die Cigarrenmacherei als Nebenarbeit betreiben — gerade die schädlichste Art der Hausarbeit, denn sie bietet Gelegenheit zur ärgsten Lohnrückerei und schmutzigsten Konkurrenz.

Vor allen Dingen macht sich also eine gründliche Untersuchung über den Umfang der Tabakindustrie nötig.

Von der Entwicklung der Hausindustrie sagt die Jaffésche Schrift ganz richtig, daß im Gegensatz zu anderen Gewerben die Hausarbeit eine neuere Erscheinung der Cigarrenfabrikation ist, die anfänglich nur in geschlossenen Fabrikbetrieben vor sich ging. Ueber die Ursache dieser Erscheinung bringt die Schrift verschiedene Angaben, aber sicher ist, daß der Hauptantrieb zu dieser Fabrikationsweise die billigere Herstellung der Waren stets gewesen ist. Die billigeren Arbeitskräfte auf dem Lande sind ein Lockmittel für Fabrikanten, diese zu beschäftigen. Und da die Cigarrenmacherei keiner besonderen Hilfsmittel, Werkzeuge u. s. w. bedarf, so wird die Förderung dieser Betriebsweise sehr erleichtert. Die Cigarrenmacher liefern die fertige Ware und müssen obendrein billiger arbeiten als in der Fabrik. Außerdem ergiebt sich eine Ersparnis für die Unternehmer an Lokalmiete, Heizung, Hilfspersonal zc. zc.

Seitdem vollends die bekannte Bundesratsverordnung Vorschriften über die Größe der Fabrikräume je nach Zahl der Beschäftigten macht, und andere sanitäre Einrichtungen bei der Fabrikation fordert, haben viele Fabrikanten es vorgezogen, nur Hausarbeit machen zu lassen. Andere dagegen, die an der Fabrikarbeit festhielten, verlegten die Fabriken auf das platte Land oder in kleine Städte, wo Häuser und Löhne billiger sind. So ist es gekommen, daß in manchen Städten, z. B. in Leipzig, jetzt kaum so viel Hunderte von Cigarrenarbeitern sind, wie früher Tausende.

### Brief aus Amerika.

New York, 2. Januar. Die diesjährige Konvention des nationalen gewerkschaftlichen Centralverbandes „Federation of Labor“ hat, gleich ihren Vorgängern, gezeigt, daß es verlorene Mühe ist, denselben durch das „Bohren von innen heraus“ auf den Weg der neuzeitlichen Arbeiterbewegung zu bringen. Die Führer desselben sowie der einzelnen ihn bildenden nationalen und lokalen Organisationen sind eben in erster Linie Parteigänger einer der kapitalistischen Parteien, von denen sie für ihre bei den Wahlen zu leistenden Dienste Belohnung durch Verleihung von Pöstchen an der öffentlichen Krippe oder „Wahlzahlung“ erwarten. Das Interesse, das sie für ihre resp. Unions an den Tag legen, haftet darauf, daß sie als Repräsentanten derselben so und so viel Stimmen der betreffenden Partei „offerieren“ können; und da hilft alles „Bohren“ nichts. Zu dieser Erkenntnis ist fast die Gesamtheit der sozialistischen Elemente schon nach der Generalversammlung des Ordens der Knights of Labor und der Konvention der Federation of Labor im Jahre 1894 gekommen, und war das Resultat die Gründung der „Socialist Trade and Labor Alliance“.

Auf der diesjährigen Konvention der Federation hat sich übrigens nur ein einziger „Bohrwurm“ bemerkbar gemacht, der Delegat des gewerkschaftlichen Verbandes Central Labor Union in Cleveland, Hayes. Dessen mit den alten Argumenten begründeter Antrag auf Inaugurierung der selbständigen politischen Aktion (diesmal indessen ohne den Passus auf Inaugurierung der sozialistischen Arbeiterpartei) ward, wie früher, mit aller Gemütsruhe angehört und dann, ebenso wie früher, kurzerhand abgethan. Nur ein einziger Gegner fand sich veranlaßt, das Wort zu nehmen. Es ward statt jenes Antrags ein „Substitut“ des Resolutionskomitees angenommen, das die Beibehaltung der alten Methode der Schwanzpolitik empfiehlt, welchem Ding man freilich einen wohlklingenderen Namen giebt.

Wie stark diesmal die „sozialistische Unterströmung“ war, kann einstweilen nicht festgestellt werden, da in dem betreffenden Sitzungsbericht bezüglich jener Abstimmung keine Zahlen angegeben sind.

Dies ist indessen bei zwei anderen nach Kopfszahl der Delegaten stattgehabten Abstimmungen der Fall gewesen, nämlich

über die Zbaho-Affaire\* und einen Antrag auf Ermächtigung des Vorstandes zur Ausschreibung einer Extra-Kopfsteuer. Und dabei hat sich dann ein recht bezeichnender Umstand ergeben. Von demjenigen Teil des sozialistischen Elements, welches aus den früher mitgeteilten Motiven die Wiederaufnahme des „Bohrens“ in jenem Verband herbeiführen wollte, war zur Begründung dessen geltend gemacht worden, daß auf den Konventionen der Federation doch immerhin eine große Anzahl „indifferenten“ Delegaten seien, auf die eingewirkt werden könne. Nun, in jenen Sitzungen, von denen besonders diejenige, in der die erstgenannte Angelegenheit zur Verhandlung kam, von höchstem Interesse war, so daß kein einziger Delegat hätte fehlen dürfen, glänzten von den gesamt 180 derselben rund 100 durch Abwesenheit; die Abstimmungsergebnisse waren nämlich 56 gegen 28, resp. 57 gegen 28 Stimmen!

Die Spekulation auf solchen „Indifferentismus“ muß doch gewiß von jedem logisch denkenden Menschen als eine total ausichtslose erachtet werden. Da hätte man ja bei Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zehnmal mehr Ausichten!

Was sonst noch auf der Konvention vorkam, ist — vom Gesichtspunkt der Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung — nicht erwähnenswert. Nur sei noch bemerkt, daß die beiden diesmal von den Gewerkschaften Englands entsendeten Delegaten sehr gut „in den Rahmen paßten“. Der eine, Wilkie, gratulierte der Federation zu ihren „Erfolgen“, und zwar „nicht nur vom Standpunkt der Sympathie aus, sondern auch von dem höheren geschäftlichen Standpunkt aus“, und erzählte, in England herrsche zwischen den Arbeitern und Unternehmern die schönste Harmonie, die so weit gehe, daß die Fonds der Gewerkschaften in den Geschäften der Korporationen angelegt seien. Der andere Delegat, Haslam, machte die überraschende Mitteilung, seit neun Jahren hätten die englischen Unions alljährlich Zusammenkünfte mit den festländischen europäischen Unions abgehalten, welche letztere zuerst „sehr wilde“ Ideen gehabt, aber sich nach und nach unter dem Einfluß der englischen Delegaten abgekühlt hätten! Nein, so was!

Mit der allgemeinen — freiwilligen — Lohnerhöhung von 10 Prozent in den Baumwollfabriken der Neuenglandstaaten hat es seinen „besonderen Galen“ gehabt. An dem Hauptsitz dieser Industrie, Fall River (Massachusetts), ist nämlich von der aus Vertretern der diversen Unions bestehenden Exekutivbehörde ein Streik in zehn der größten Fabriken angeordnet worden, weil in denselben zugleich Verenderungen eingeführt wurden, die nicht nur die Lohnerhöhung illusorisch machen, sondern auch sonstige Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen bedeuten. Allem Anschein nach ist aber die Streikforder nicht befolgt worden, denn es hat seitdem nichts mehr über die Sache verlautet.

\* Bei welcher ein von Hayes beantragtes Amendement zu dem Antrag des Resolutionskomitees auf „Verdrummung“ der im Coeur d'Alene-Distrikt stattgehabten Greuel von dem Komitee einfach ausgemerzt worden war, das als die Schuldigen die Staatsregierung von Zbaho und die Bundesregierung bezeichnete. Der Vorsitzende dieses Komitees war Donnelly, der Präsident des Schriftsetzerverbandes.

## Rundschau.

Ueber die Entwicklung der Arbeiterversicherung im deutschen Reich veröffentlicht das Reichsversicherungsamt in der letzten Nummer seines Amtsblattes eine Zusammenstellung nach den neuesten endgültigen Zahlen. Anlaß dazu giebt das Inkrafttreten des neuen Invalidenversicherungsgesetzes, das einen besonderen Markstein bildet. Nach der Zusammenstellung giebt es 22672 Krankenkassen, die 8865685 Versicherte besitzen. Berufsgenossenschaften sind 65 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche mit zusammen 16746000 Versicherten vorhanden. Die 31 Versicherungsanstalten und 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen zählen 12659000 Versicherte. An Entschädigungsleistungen sind in den Jahren 1885 bis 1899 von sämtlichen genannten Instituten rund 2413000000 Mark gewährt worden, wovon 1099000000 Mk. als von den Unternehmern, 1164000000 Mk. als von den Arbeitern und 1500000000 Mk. als vom Reich (Reichszuschuß) aufgebracht anzusehen sind. Vermögen besaßen Ende 1898 die Versicherungsanstalten 672 Millionen Mark, die Berufsgenossenschaften 161 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark und die Krankenkassen Ende 1897 146 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark. Die Unfallversicherung leistete in den Jahren 1885 bis 1897 insgesamt 366715511 Mk. an Entschädigungen, brauchte während der Zeit aber 89248026 Mark für die Verwaltung. Die niedrigsten Ausgaben für die Verwaltung brachte die Krankenversicherung. Bei einer Entschädigungsleistung von 1208590725 Mk. in den Jahren 1885 bis 1897 brauchte sie nur 76709000 Mk. für Verwaltungszwecke. Bei jeder Versicherungsart haben sich die Entschädigungsfälle (im Verhältnis zur Zahl der Versicherten) jedes Jahr vermehrt, auch sind die Kosten für den einzelnen Fall ständig gestiegen. — Wenn man so die Leistungen in den summierten runden Summen nimmt, sehen sie recht groß aus, sobald man aber die Zahl der Arbeiter dagegen hält, sind es doch nur winzige kleine Beihilfen, die das Verhungern zwar verhindern, den Hunger aber nicht fernhalten. (Siehe Leitartikel.)

**Die Eingabe an die Reichskommission für Arbeiterstatistik** wegen Untersuchung der Hotel- und Restaurationsküchen ist vom Verband der Köche in Aussicht genommen worden. Es soll dabei auf die Erhebungen der Kommission im Restaurationsbetriebe Bezug genommen werden, durch die anscheinend das Küchenpersonal nicht genügend berücksichtigt wurde. Die vielfachen Erkrankungen der Angestellten werden auf ungenügende Ventilation und schlechte Lagen der Küchen zurückgeführt. Man beachtlich gewisse Normativbestimmungen für die Anlage der Küchen in Vorschlag zu bringen, wonach auch die bestehenden Küchen umgeändert werden können.

**Weibliche Fabrikinspektoren in Preußen.** Der neue Etat des preussischen Handelsministeriums verzeichnet bereits die im Reichstag von Pofadowshy angekündigte versuchsweise Einstellung zweier weiblicher Hilfskräfte für die Gewerbeinspektion, je eine in Berlin und W.-Glabach, mit einem Jahresgehalt von je 2400 Mk.

**Neuse-Schulz'sche Cigarettenmaschine betr.** Die Deutsche

Gesellschaft zur Verwertung des J. Neuse'schen Patente in Berlin hat in Verfolg des Generalversammlungsbeschlusses vom 11. Dezember den Titel der Gesellschaft in Deutsche Cigaretten-Maschinen-Aktiengesellschaft umgeändert.

**Cigaretten- und Cigarettenkonsum in Oesterreich.** Mitteilungen des Wiener Ministeriums machen darüber folgende Angaben. Es wird der Verbrauch des Jahres 1897 dem des Jahres 1898 gegenübergestellt und daraus ist zu entnehmen, wie der Cigarettenverbrauch den Cigarettenkonsum zu beeinflussen scheint. Freilich sind daran die hohen Monopolpreise und die im Verhältnis dazu schlechten Qualitäten schuld. Der Verbrauch von Cigaretten ist überhaupt um 1745025 Stück (um 0,1 Proz.) gesunken, der Verbrauch von Cigaretten dagegen um nahezu 198 Mill. Stück oder um 9,1 Proz. des Gesamtverbrauchs gestiegen. Monopolpreise mögen sich das anmerken.

**Tabakarbeiterstreik in Algier.** Die Arbeiter der Tabakmanufaktur Melia in Algier befinden sich im Streik. Die Arbeiter beklagen sich über den Ausschluß einiger ihrer Kameraden, der durch die Aufstellung automatisch arbeitender Cigarettenmaschinen (Soll wohl heißen: Cigarettenmaschinen, Red. d. T.-M.) bedingt wurde, sowie über die Strenge eines Beamten der Manufaktur. Forderungen der Arbeiter sind: Entlassung des betreffenden Beamten, Aufhebung der Strafen, das Recht, die Arbeit zu beginnen, wie es ihnen beliebt! Die Ausständigen haben, unterstützt von ihren Kameraden aus anderen Fabriken, vor der Fabrik eine Demonstration veranstaltet, indem sie riefen: „Nieder mit den Maschinen.“ Die Polizei hat mehrere Verhaftungen vorgenommen, um die Verbreitung des Ausstandes einzudämmen.

**Die Chinesen kommen.** Russische Blätter bringen fortgesetzte Klagen über das Eindringen chinesischer Arbeiter nach dem asiatischen und zum Teil auch bereits nach dem europäischen Rußland. Mit jedem Jahre erfährt die Einwanderung dieser Rasse besonders in das Transbaikalgebiet eine Zunahme. Auch für Rußland bedeutet die Arbeit des mongolischen Sklavenvolkes eine ernste Konkurrenzgefahr. Die chinesischen Arbeiter begnügen sich einem russischen Blatte zufolge mit der notdürftigsten Kleidung, entbehren jeder Wäsche, schlafen in Erdhöhlen und brauchen zur Nahrung ausschließlich Fisch und Reis. Wie das nämliche Blatt hervorhebt, liegen bereits Anzeichen dafür vor, daß die Chinesen auch bald der Leutenot im Westen des Reiches und der in Polen abhelfen werden. Vielleicht lassen sich dann unsere ostelbischen Zunker gelegentlich ein paar Wagenladungen über die Grenze schicken.

## Gewerkschaftliches.

**Schwibus.** Achtung! Der Streik der Tabakarbeiter der Firma D. Winkle, hier, dauert fort, weshalb wir Zugang fernzuhalten bitten. Briefe und Sendungen sind an W. Becker, Frankfurter Str. 27, zu richten.

**Achtung!** Die Sperre über die Firma W. Sohn's, Altona (Fabrik Eimsbütteler Straße 43, Haus 6, part.), besteht fort.

**In Mainz** sind fast sämtliche Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getreten. Alle Zuschriften und Geldsendungen sind zu richten an Chr. Keschel, Weinhorststraße Nr. 1.

**Achtung, Cigarettenarbeiter!** In Stolpe in Pommern legten am 11. November 11 Koller die Arbeit nieder (siehe Bericht). Zugang wolle man fernhalten. Briefe und Sendungen sind zu richten an M. Rahmann, Strelliner Straße 15.

**Achtung, Tabakarbeiter!** Zugang nach Köln ist fernzuhalten. Die Cigarettenarbeiter und Arbeiterinnen der Dü Montschen Fabrik sind ausgesperrt worden. Bericht folgt.

Alle Sendungen und Briefe sind zu richten an Gerhard Schittli, Rammacherstraße 21.

**In Burgsteinfurt** sind bei der Firma Suhre Differenzen entstanden, weshalb der Zugang von Tabakarbeitern fernzuhalten ist.

**Das Arbeitersekretariat in Breslau** hat am 8. Januar seine Tätigkeit begonnen. Es erteilt mündliche und schriftliche Auskunft in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung, Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht, Organisationsfragen, Lohnbewegungen und soweit es die Möglichkeit gestattet, über civil- und strafrechtliche Angelegenheiten. Ferner nimmt das Arbeitersekretariat Beschwerden über Mißstände in Fabriken entgegen.

**Ein eigenes Gewerkschaftshaus** hat die Arbeitergesellschaft Braunschweigs für den Preis von 195000 Mk. erworben. Das Gewerkschaftshaus ist ein fünfstöckiges, massives im modernen Stile erst vor zwei Jahren neu erbautes Gebäude. Die letzten Räume des Hauses, das bis unter das Dach mit Gas, Wasserleitung und Wasserlosets versehen ist, wurden am Weihnachtabend dem Verkehre übergeben.

**Ein Aupsporn zur Agitation für die Gewerkschaften,** so schreibt die Schwäbische Tagwacht, muß den Arbeitern Württembergs folgende Mitteilung sein, die wir dieser Tage in einem Centrumsblatt lasen: „Mit dem 1. Januar 1900 erscheinen im Verlag der christlichen Gewerkschaftskommission in Stuttgart die „Christlichen Gewerkschaftsblätter“ als offizielles Organ der christlichen Gewerkschaften Württembergs. Monatlich zweimal (jeden 1. und 15.) erscheinend, stellen sich dieselben zur Aufgabe, die christlichen Arbeiter für die Organisation der christlichen Gewerkschaften zu interessieren und zu begeistern. Besonders empfehlenswert sind diese Gewerkschaftsblätter jenen, welche an der Spitze katholischer Arbeitervereine stehen. Bei Partisendungen stellt sich der Preis vierteljährlich auf 30 Pfg., durch die Post bezogen kosten die „Christlichen Gewerkschaftsblätter“ vierteljährlich 40 Pfg. Probenummern gratis und franco. Bestellungen sind zu richten an das christliche Gewerkschaftssekretariat (M. Neumeyer), Stuttgart, Tübinger Straße 93.“ Das muß man den Aupspornern der „Christlichen“ Gewerkschaften lassen, daß sie im Nachhinein der Einrichtungen unserer großen Gewerkschaftsorganisationen etwas leisten können. Raun hatten die sozialdemokratischen Arbeiter Stuttgarts sich ein Arbeitersekretariat gegründet, entstand auch ein „katholisches“ Arbeitersekretariat; nun haben die Stuttgarter Gewerkschaften ein Gewerkschaftssekretariat ins Leben gerufen, flugs wird auch ein katholisches Arbeiter, der zugleich das Zeug zum Komiker mit sich bringt, zum „christlichen Gewerkschaftssekretär“ gestempelt. Viel nützen wird ihnen

aber diese Affenmanier nicht, wenn unsere Genossen auf dem Posten sind. Denn es ist nicht schwer, gegen den Kaplansgeist, der in den christlichen Vereinen herrscht und der auch die neuen „Christlichen Gewerkschaftsblätter“ erfüllen wird, die gesunden Ansichten über Arbeiterverhältnisse und Bestrebungen zu vertreten, auf denen die modernen Gewerkschaften basieren und mit denen sie groß und stark geworden sind.

**Die Aufklärung der christlichen Bergarbeiter** besorgen gegenwärtig in Oberschlesien, und zwar im Beuthener Distrikt, die Unternehmer und deren Helfershelfer mit ebenso drastischen wie wirksamen Mitteln. Die Mitglieder des Beuthener christlichen Arbeiterverbandes werden jetzt wie Sozialdemokraten behandelt und man schwingt die Hungerpeitsche über den frommen Schäflein mit einer Rücksichtslosigkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt. Der Grund ist darin zu suchen, daß auch die christlichen Bergarbeiter entdeckt haben, daß sie vom Beten nicht satt werden, sondern daß dazu ein „christlicher Lohn“ gehört. Die Maßregeln datieren seitdem die von diesem Verbande an-geregte Lohnbewegung Ende vorigen Jahres bis unmittelbar zum Streiken gediehen war. Selbst der Generaldirektor der Königshütte, Herr Ladewig, der sonst in dieser Beziehung noch als liberal passieren konnte, ist scharf geworden und hat die Entlassung aller Mitglieder des Beuthener Verbandes angedroht. Jetzt sehen die christlichen Bergarbeiter, daß die Unternehmer die Forderung nach einem christlichen Lohn nicht anerkennen und jeden, der auch nur die geringste Lohnerhöhung fordert, als Sozialdemokraten betrachten und behandeln. Auf diesem Wege wird es nicht lange dauern, dann sind sie es in Wirklichkeit. Schon längst gelingt es der etwas zu sanften Zeitung des Beuthener Verbandes nicht mehr, die immer radikaler werdende Stimmung unter den Mitgliedern wieder zu besänftigen.

**Ueber ein Kartell der Unternehmer** nach dem Muster der Berliner Gewerkschaftskommission berichtet die Berliner Volkszeitung: Die Organisation wird eine lose sein. Bei ausbrechenden Differenzen in einem Gewerbe treten Delegierte aller Arbeitgeberverbände zu gemeinsamer Beratung unter der Leitung eines Ausschusses zusammen. Die Kommission tritt mit dem bereits bestehenden alten Bunde der Arbeitgeberverbände, der seiner Zeit vom Verein der Berliner Metallwaren-Fabrikanten begründet wurde, in Beratungen ein; sollte der Bund, dem Ersuchen der Kommission entsprechend, seine Statuten umändern, so erfolgt der Zusammenschluß in der alten Organisation, im anderen Falle wird ein neues Kartell begründet. Ein allgemeiner Streikabwehreffonds zur Unterstützung wirtschaftlich schwacher Arbeitgeber beim Ausbruch von Streiks wird aus regelmäßigen Beiträgen, die pro Jahr und Kopf der Kartellmitglieder berechnet werden, errichtet. Um zu verhindern, daß Ausständigen in anderen Berufen Beschäftigung erhalten, werden ihre Namen in Listen aufgeführt und diese zur allgemeinen Kenntnis gebracht; besonders Mißliebige erhalten auf Grund der Verzeichnisse überhaupt keine Beschäftigung. Außerdem wollen die Herren eigene wirtschaftliche Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen aufstellen. Sie glauben, auch vor den kräftigsten Selbsthilfemaßnahmen nicht zurückschrecken zu dürfen. So ist denn, falls ein Ausstand eine bestimmte Dauer überschreitet, die Generalausperrung der gesamten Arbeiter der Betriebe gleicher Branche und späterhin aller Arbeiter aller Kategorien in Aussicht genommen. Auf diese Weise soll das Unterstützungswesen der Arbeiter unmöglich gemacht werden. — Mit dem sauberen Plane will man zur Ausfühlung bringen, was die Zucht Hausvorlage bezweckt: das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichten. So leicht wie sich die Herren das denken, wird es ihnen aber nicht werden, denn hierbei haben die Gewerkschaften auch ein gewichtiges Wort mitzureden. Für die Arbeiter aber wird der Plan einen erneuten Aupsporn zur Erweiterung ihrer Organisationen geben, damit sie gewappnet sind gegen alle Angriffe auf eines ihrer wichtigsten Rechte.

**Arbeitgeberverband Hamburg-Altona.** In seinem soeben erschienenen Jahresbericht für 1899 bringt der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona seine fattsam bekannte Bestimmung aufs neue zum Ausdruck. Gleich der erste Satz lautet: „Die Sozialpolitik im Reichstage stand im letzten Jahr unter dem Zeichen der einseitigen Berücksichtigung, Hervorhebung und Befürwortung der Arbeiterinteressen.“ Ueber die beantragte Einführung von Fabrikarbeitsinspektoren, obligatorischen Einigungsämtern, Arbeiterkammern etc. wird folgendermaßen geurteilt: „Wenn es wohl auch einseitigen nicht befürchtet zu werden braucht, daß solche sozialpolitische Auswüchse (! die Red.) Gesetz werden, so zeigt es jedoch deutlich, daß das Erwerbs- und Gewerbsleben von diesem Reichstage Heil und Hilfe nicht erwarten darf, sondern auf Selbsthilfe bedacht sein muß.“ Der sozialdemokratische Parteitag zu Hannover giebt zu folgenden Betrachtungen Anlaß: „Ja wir glauben, daß man auf die wissenschaftliche Fundamentierung des sozialdemokratischen Dogmas angeht des Abbröckelungsprozesses des Marx-Engels'schen Lehrgebäudes immer weniger Gewicht legen, dafür aber mit desto größerem Nachdruck den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete aufnehmen, d. h. der Anzettelung von Streiks erhöhte Aufmerksamkeit, Zeit und Geld widmen wird.“ Im Jahre 1898 hatten die Kassen der Gewerkschaften eine Jahresausgabe von 4279726.19 Mk. und als Kassenbestand die Summe von 4373313 Mk. Hieran wird die Mahnung geknüpft, daß es Pflicht der Arbeitgeber sei, sich zusammenzuschließen und immer fester zu organisieren, um den zu erwartenden Streikbewegungen die Spitze bieten zu können.

**Den elsass-lothringischen Textilarbeiterverband** schein der Mülhaufer Fabrikantenklublingel zu einer „Machtprobe“ herausfordern zu wollen. Der Verband, dem, nachdem er volle zwei Jahre auf seine behörbliche Genehmigung hatte warten müssen und insolge dessen erst im Sommer des vorigen Jahres hatte ins Leben treten können, bisher seitens der Behörde alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden sind, scheint auch nicht nach dem Geschmac der reichen oberelsässischen Industriemagnaten zu sein. Die zu Neujahr erfolgte Maßregelung zweier Vorstandsmitglieder, die man ohne jede Angebe von Gründen auf die Strafe setzte, wird deshalb von der Arbeiterschaft als das Signal zu einer Haß gegen die Organisation betrachtet und ist demgemäß mit dem allgemeinen Ausstand der in Frage kommenden Fabrik von Läderich u. Co beantwortet worden. Am Streik sind vorerst 300 Mann beteiligt, doch vermutet man, daß auch die übrigen Wollspinnereien sich dem aggressiven Vorgehen der Firma Läderich an-

schließen werden. Zuzug von Textilarbeitern ist deshalb von Mülhausen streng fernzuhalten.

Der Arbeitermangel im abgelaufenen Jahre findet in der neuesten Nummer der Halbmonatsschrift Der Arbeitsmarkt einen weiteren, bisher noch unbeachteten Erklärungsgrund. Der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen in Deutschland betrug nach der abnorm starken Periode 1874/79:

Table with 5 columns: Year, Births, Deaths, Difference, Total. Data for years 1880-1885.

Arbeiter! Parteigenossen!

Seit nunmehr 13 Wochen stehen die Formstecher Deutschlands im Kampfe mit ihren Unternehmern. Die Haltung der Ausgesperrten ist bewundernswert, indem sich trotz der sehr geringen Unterstützung keine Arbeitswilligen gefunden haben.

Am ersten Verhandlungstage gab der Vorsitzende der Prinzipale vor dem Einigungsamte die Erklärung ab, in ihrer am 11. ds. Monats in Hannover stattfindenden Zusammenkunft für die Bewilligung des größten Teiles der Forderungen einzutreten zu wollen, andererseits hatten die Arbeiter einen Teil ihrer Forderungen preisgegeben, indem sie hofften, die Aussperrung dadurch ihrem Ende entgegenzuführen.

Die Unternehmer haben also den Frieden, den die Arbeiter ersehnten, von neuem gestört. Wir sind gezwungen, den Kampf weiterzuführen, wissen wir doch, daß keiner nachgeben wird, da die Geschäftskonjunktur zu unseren Gunsten ist.

Darum, Arbeiter, Parteigenossen, unterstützt uns in dem Kampfe, damit wir nicht das Schauspiel erleben, daß ca. 250 Arbeiter aus Mangel an Unterstützung vor einer Handvoll kleiner Unternehmer kapitulieren müssen.

Alle Sendungen sind an den Kassierer L. Kaste, Moritzberg-Hildesheim, Sandstr. 1, zu richten.

Berichte.

Wardhausen. Werte Kolleginnen und Kollegen! In Nr. 1 unseres Verbandsorgans vom 7. Januar befindet sich in dem Bericht über die am 25. Dezember v. J. hier abgehaltene Konferenz eine unsere wirklichen Verhältnisse, sowie speziell die Lohnverhältnisse der hiesigen Tabakarbeiter entstellende Unrichtigkeit.

Köln a. Rh. Am 30. Dezember 1899 wurde den Arbeitern der Du Montschen Fabrik eine Fabrikordnung unterbreitet, mit dem Bemerkten, diese bis zum 2. Januar 1900 zu unterzeichnen.

Wir bitten die Kollegen, uns in unserem gerechten Kampfe zu unterstützen, damit der Sieg unser sei. Das Komitee der Ausgesperrten. Köln a. Rh., Kammerberggasse 21.

Alle Briefe und Sendungen sind zu richten an Verh. Schmitt, Köln a. Rh., Kammerberggasse 21.

Die letzte Mitgliederversammlung nahm zunächst ohne Diskussion den Bericht der Nordhäuser Konferenz entgegen und besprach dann verschiedene dringliche Angelegenheiten, so unter anderem die abermalige Lohnreduzierung in der Fabrik der ehemaligen Genossen und Verbandskollegen Dietrich u. Kraft.

Am 14. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung statt, die leider sehr schwach besucht war. Zunächst verlas der Kassierer die Abrechnung, dann wurden hinsichtlich der Lokalfrage die Mitglieder aufgefordert, das einzige Lokal, welches zur Vertretung der Arbeiterinteressen zur Verfügung steht, besser zu besuchen.

Am 2. Januar starb nach jahrelanger Krankheit (Tuberkulose) der Cigarrenarbeiter Herr Selger, Präsident der C. M. A. in London. Als mutiger, stets thätiger, dabei schlichter Vorkämpfer auf gewerkschaftlichen wie politischen Gebieten hat er sich die Achtung und Liebe der in wie hier ausländischen Kollegen im höchsten Maße erworben.

Arbeiter-Bildungsschule, Neue Kofstraße 3, Hof 1, abends 9 Uhr. Lehrplan für das erste Quartal 1900. Beginn der Kurse Montag den 15. Jan.: Geschichte (ältere deutsche Kulturgeschichte), Vortragender: Heinrich Cunow; Donnerstag den 18. Jan.: Gesetzgebung (das neue Bürgerliche Gesetzbuch in seinen praktisch wichtigsten Teilen), Vortragender: Rechtsanwalt Viktor Fränkl; Freitag den 19. Jan.: Nebelübung (Referate und Diskussion über Thematika aus dem sozialen, gewerkschaftlichen und geistigen Leben), Vortragender: Dr. Rudolf Steiner.

Litterarisches.

Im Verlag von J. F. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben Heft 1 und 2 des Arbeiterrechts von Arthur Stadthagen, Mitglied des deutschen Reichstags, erschienen. Dem Werke direkt angehängt wird der Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge und Beschwerden etc. — Die Gesetze der letzten Jahre, insbesondere das Bürgerliche Gesetzbuch, die Gewerbeordnungsnovellen, das Handwerkerengesetz, das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, das neue Gesetz über Invalidenversicherung, rufen für die Zeit vom 1. Januar ab eine erhebliche Umgestaltung der rechtlichen Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter hervor.

Briefkasten der Redaktion.

G., Dresden. War erstens nicht abgestempelt und zweitens wurde kein Mensch daraus flug, darum unterließ die Aufnahme.

Vereinstell.

Central-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Table with 2 columns: Name, Amount. Lists contributions from various locations like Ogdersheim, Halle i. W., Rheingönheim, Bremen, Kiel, etc.

Hamburg, den 15. Januar 1900. S. Otto.

Mitglieder-Versammlung:

In Magdeburg: Sonnabend den 20. Januar.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Joh. Herm. Junge, Vorsitzender, Bremen, St. Jürgen-Str. 53.

Für den Vorstand bestimmte Zeitschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Versendungen nur an W. Niederwelling, Bremen, Martinistraße 4, II.

Für den Ausschuss bestimmte Zeitschriften sind an Heinrich Meister, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Laut Beschluß der Generalversammlung in Offenbach sind die leitenden Körperschaften berechtigt, einen Extrabeitrag von 5 Pfg. pro Woche von den Mitgliedern der Zuzugsliste zu erheben, wenn die Ausgaben genannter Kasse sich höher stellen wie die Einnahmen.

dem 1. Oktober 1894, wo sie eingeführt wurde, bis 30. Juni 1899 eine Mehrausgabe von 4863.65 M zu verzeichnen. Trotz der einschränkenden Beschlüsse der letzten Generalversammlung sind die Ausgaben fortgesetzt höher gewesen wie die Einnahmen.

Bremen, im Januar 1900. Der Vorstand. J. A.: J. H. Junge.

Emil Sack aus Jastrow hat in Trebbin (Bezirk Potsdam) sein Mitgliedsbuch und auch sonstige Papiere liegen lassen. Die Bevollmächtigten werden ersucht, eventuell dem Emil Sack Mitteilung von Vorstehendem zu machen.

Nach § 8 gestrichen: 1. Oskar Wiesner, Buch Ser. II, 16937. 2. Rob. Schulz, Buch Ser. II, 10201, 3. W. Freiberg aus Bovenenden.

Die Drucksachen bezüglich Nordhausen sind versandt. Die Bevollmächtigten werden ersucht, das nötige zu veranlassen. Bremen. Der Vorstand.

Vom 9. bis 14. Januar 1900 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

Table with 3 columns: Name, Amount, Total. Lists contributions from various members like 7. Januar. Speier, 8. Trebbin, 8. Jena, etc.

B. Freiwillige Beiträge: 8. Labenburg, F. Bechtel, Tab.-Arb.-Genossenschaft 50.— 10. Breslau, R. Frenzel 10.—

C. Für internationale Marken: 10. Altona, G. Rathgeber 17.—

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Bremen, den 15. Januar 1900. W. Niederwelling, Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:

- Für Brandenburg: Otto Lindstädt als 1. Bev.; Franz Schulz als Kontrollleur. Für Cöthen: Jaf. Schneider als 1. Bev., Konr. Steinborn als 2. Bev., Peter Witz als 3. Bev.; Joh. Rambach als Kontrollleur.

Provisorisch aufgenommen sind:

- Emilie Heimann, Wilhelm Reichweh, Klara Poier geb. Sauer, Klara Böhmler geb. Bittner aus Striegau. (302) Anna Barossa aus Holzweißig. (343) Bidda Heber geb. Dertel, Anna Singer geb. Schulze aus Ronneburg. (296)

